

G 139.313

André Fontaine

Paris, Anfang Februar

»De Gaulle kann man niemals durch Argumente überzeugen. Die einzige Methode, ihn umzustimmen, besteht darin, daß man ihm einen Baumstamm quer über den Weg legt!« Dieses Urteil eines westlichen Staatsmanns, der Frankreichs Präsidenten gut kennt, war niemals richtiger als heute. Ob es sich um Algerien handelt, um Europa oder um die Beziehungen zum Osten: de Gaulle ist fest entschlossen, seinen eigenen und höchst persönlichen Weg zu gehen, allen Überredungsversuchen, Verlockungen und Druckmaßnahmen zum Trotz. Nur falls er ein unerwartetes Hindernis auftauchen sehen sollte, wird er seine Politik möglicherweise ändern.

Man kann die Geschichte eines Mannes nicht schreiben, bevor er tot, sogar *lange* tot ist — denken wir an Stalin! Aber bis zum Beweis des Gegenteils darf man de Gaulle als einen Staatsmann einschätzen, der jedem Druck (der Ereignisse oder der Menschen) mit überlegener Gleichgültigkeit begegnet.

Man muß zugeben, daß er den meisten Zeitgenossen in zwei Punkten tatsächlich überlegen ist: er besitzt Nerven aus Stahl und ein absolutes Vertrauen in die Richtigkeit seines Standpunkts. Er läßt sich nicht von den Wechselfällen des Augenblicks aus dem Konzept bringen, sondern behält die langfristigen Perspektiven im Auge. Er irrt sich gelegentlich, wie jedermann, wenn er selbst vielleicht auch daran zweifelt. Aber wenigstens gehört er nicht zu den Menschen, deren Ansichten beim ersten Windhauch zu wanken beginnen. Er vermag sein Urteil zu berichtigen — das tat er zum Beispiel im Falle Chruschtschow, aus dem er ein bißchen rasch den Restaurator des Heiligen Rußland gemacht hatte; kürzlich fragte er sich in einem Gespräch mit einem ausländischen Minister, ob der Sowjetpremier nicht eben doch »in erster Linie Kommunist« sei . . . De Gaulle kann sich dazu durchringen, mit der algerischen Exilregierung zu verhandeln und ihr nicht nur Algerien, sondern auch

die Sahara abzutreten, nachdem er früher gehofft hatte, sie auf seine Bedingungen festzulegen. In gewissen wesentlichen Dingen aber wankt und weicht er nicht.

Dazu gehört für ihn, daß es nichts Höheres gibt als das Nationalinteresse; diese Lehre hat er von den Engländern übernommen, bei denen er einst auf der politischen Schulbank saß. Dazu gehört ferner, daß es kleine und große Nationen gibt und daß die letzteren eine historische Aufgabe zu erfüllen haben, die sie nicht zurückweisen können, ohne ihre Vergangenheit, das Erbe der Ahnen und den Willen der Vorsehung zu verleugnen. Und weiter: daß Frankreich eine dieser großen Nationen ist; daß die erste Pflicht dessen, der Frankreich führt, darin besteht, ihm den Rang wiederzugeben, den charakter- und kraftlose Politiker verspielt haben. Daß Frankreich Bündnisse abschließen kann und muß, gewiß, um sich gegen eine neidische und feindselige Welt zu verteidigen; aber nicht, um sich von irgend jemandem seine Politik vorschreiben zu lassen. Das wiederum setzt voraus, daß es sich die Mittel verschaffen muß, um notfalls allein seine Sicherheit zu gewährleisten. Das Europa, von dem de Gaulle träumt, ist daher ein Europa der Patrioten, das die souveränen Staaten intakt läßt. Die Bildung einer wirksamen französischen Abschreckungs-Streitmacht ist de Gaulles oberstes politisches Ziel. In Washington, Brüssel oder Bonn würde man sich Illusionen hingeben, wenn man glaubte, ihn eines Tages zum Verzicht auf die nationale »*Force de dissuasion*« zugunsten einer multilateralen Organisation bewegen zu können.

Riskieren wir den Krieg?

Es zeugte auch von einer schlechten Kenntnis und falschen Einschätzung des Präsidenten der Französischen Republik, wenn man sich einbildete — wie einige englische Journalisten —, ein Macmillan brauche ihn nur für vierund-

zwanzig Stunden nach Birch Grove einzuladen und er werde sogleich seine Haltung in der Berlin-Frage revidieren, die er seit Chruschtschows erstem »Ultimatum« vom November 1958 vertreten und unablässig verhärtet hat. Man kann die Prämissen und die Konklusionen dieser Haltung de Gaulles in Frage stellen; aber man muß jedenfalls zugeben, daß sie klar und logisch ist.

Berlin — sagt de Gaulle — ist ein Vorposten der freien Welt. Die Anwesenheit der Westmächte in den Westsektoren ergibt sich weniger aus diesem oder jenem Abkommen als aus der Teilung Europas, die sich in den Nachkriegsjahren vollzog. Moskau versuchte schon einmal, in den Jahren 1948—49 mit der Berliner Blockade, die westliche Position anzufechten. Damals mußte Stalin feststellen, daß er sein Ziel nicht erreichen konnte, ohne das Risiko eines Weltkriegs auf sich zu nehmen, den er zu seinem und unserem Glück nicht wollte. Seitdem ist es in Berlin zu einer *De-facto*-Situation gekommen, die gewiß recht merkwürdig aussieht — aber nicht merkwürdiger als viele andere Situationen in der Welt von heute. Jedenfalls ist durch die Lage in Berlin niemand bedroht.

Es ist der Kreml, der diese Situation ändern will, nicht wir. Wir haben keinen Grund, Gespräche abzulehnen, die die Lage für beide Teile angenehmer machen könnten. Aber wir besitzen nicht die geringste Veranlassung, sowjetische Vorschläge anzunehmen, die den Westen aus Berlin verdrängen und die Bindungen zwischen der Stadt und der Bundesrepublik Deutschland unterbrechen sollen. Denn was will der Kreml? Er will Bonn eine Niederlage und Demütigung zufügen, um es zum Nachdenken über die Nützlichkeit seiner Politik des West-Engagements zu bewegen. Die Deutschen sollen sich fragen, ob es ihnen nicht letzten Endes mehr einbrächte, wenn sie sich mit Moskau direkt verständigen. Darum meint der französische Staatschef, man müsse dem sowjetischen Ansinnen ein kategorisches Nein entgegensetzen. Nur so werde Chruschtschow seine Illusionen verlieren.

Aber — so erwidern die Befürworter eines Kompromisses — Chruschtschow droht uns, wenn wir Verhandlungen mit ihm ablehnen, die Unterzeichnung eines separaten Friedensvertrages mit der DDR an. Dann wird er den Alliierten den Weg nach Berlin so lange gewaltsam verlegen, bis sie sich mit der Regierung in Ost-Berlin über die Zugangsbedingun-

gen einigen. Ein Grund mehr, um Nein zu sagen, antwortet de Gaulle unerschütterlich. Denn wenn wir heute unter dem Druck von Drohungen auch nur ein wenig nachgeben, ermutigen wir den Kreml, morgen an anderer Stelle ähnlichen Druck auszuüben. Damit liefern wir den Neutralisten in Asien, Europa und überall sonst entscheidende Argumente. Riskieren wir also den Krieg? Es gibt nur zwei Möglichkeiten, sagt de Gaulle. Entweder ist Chruschtschow entschlossen, Krieg zu führen; dann werden ihn unsere Konzessionen in Berlin nicht daran hindern, sondern höchstens das Unvermeidliche hinausschieben — wie einst München. Oder er ist entschlossen, keinen Krieg zu führen, und das ist viel wahrscheinlicher; warum sollen wir uns dann einschüchtern lassen?

Diskussion mit Kennedy

Seht doch — argumentiert de Gaulle weiter —, was bisher geschehen ist! Ende 1958 gab der sowjetische Regierungschef den Alliierten sechs Monate Zeit, um sich seine Forderungen zu überlegen. Diese Frist ist längst vergessen. 1961 fing er von neuem an: er drohte, bis Ende des Jahres müsse das Problem so oder so geregelt sein. Und dann, eines schönen Tages, als er begriff, daß er damit nicht durchkam, kündigte er an, daß er auf seine Frist verzichten wolle, wenn die Alliierten nur guten Willen zeigten. Jetzt haben wir 1962 und kein neues Ultimatum und sind immer noch in Berlin, und die Russen haben es anscheinend viel weniger eilig mit der Regelung des Problems als im letzten Sommer. Ihnen heute zu sagen, daß wir verhandeln wollen, ist nicht nur nutzlos, sondern gefährlich; denn dann glauben sie am Ende wirklich, wir hätten Angst vor ihnen. Und wenn die Verhandlungen schließlich scheitern (was nur allzu wahrscheinlich ist), werden sie ihre Drohungen wieder aufnehmen und verstärken, und wir hätten die Krise nicht, wie beabsichtigt, vermieden, sondern verschärft.

So ist zu erklären, warum de Gaulle sich während der ganzen Dauer der Berlin-Krise bis auf den heutigen Tag hartnäckig und gelassen allem widersetzt, was einer Eröffnung von Verhandlungen mit den Sowjets ähnlich sieht — solange diese nicht ausdrücklich darauf verzichten, ihre und *nur* ihre Bedingungen als Basis gelten zu lassen. Präsident Kennedy schien sich während seines Pariser Besuchs im

vergangenen Juni vollständig zu dieser Sicht der Dinge bekehrt zu haben; inzwischen ließ er jedoch — um es milde auszudrücken — einige Zeichen des Schwankens erkennen. Vielleicht hat er noch immer nicht seine Wahl getroffen zwischen jenen Mitarbeitern, die ihn zur Festigkeit auffordern, und den anderen, nicht minder zahlreichen Beratern, die in privaten Gesprächen achselzuckend feststellen, nun sei der Zeitpunkt gekommen, um die Deutschen für »fünfzehn Jahre Illusionen« zahlen zu lassen und um ein für allemal die Lage in Europa zu stabilisieren.

Sein Naturell würde Kennedy wahrscheinlich eher drängen, eine Entspannung mit dem Kreml zu suchen, während seine Erfahrungen mit dem Atomversuchs-Moratorium ihn skeptisch stimmen und zu der Überlegung veranlassen dürften, ob eine solche Entspannung überhaupt möglich ist. Tatsache ist, daß er mehr als irgendein anderer an das Risiko eines offenen Konflikts über Berlin glaubte. Da allein auf ihm, dem Mann von 43 Jahren, die Verantwortung lastet, im Notfall durch einen Druck auf den Knopf den thermonuklearen Krieg auszulösen, läßt sich wohl verstehen, daß er die Entscheidung nicht auf die leichte Schulter nimmt. So mag er nach und nach auf die Idee gekommen sein, die heute sein Verhalten bestimmt: daß man von den Amerikanern unmöglich die Kraftprobe auf Biegen und Brechen verlangen kann, ohne vorher ausprobiert zu haben, ob Verhandeln wirklich zwecklos ist. Hier taucht wieder der Gedanke des »Tests« auf, in dem sich offenbar die diplomatische Doktrin der Theoretiker der »New Frontiers« zusammenfassen läßt. Nun besteht die ganze Kunst der Sowjets gerade darin, auf den »Test« niemals klar einzugehen. Sie richten es immer so ein, daß ihnen die Wahl zwischen Frieden und Krieg erspart bleibt. Manche nennen das den Kalten Krieg, andere die friedliche Koexistenz.

Die Briten sind von Temperament und Tradition her überzeugt, ein schlechter Vergleich sei besser als ein guter Prozeß. Seit Ausbruch der Krise predigen sie unaufhörlich Verhandlungen — offen in ihrer Presse, versteckter in offiziellen Äußerungen. Sie glauben nicht besonders an die Heiligkeit von Texten, vor allem wenn diese (wie im Falle der westlichen Anwesenheit in Berlin) aus einer in jeder Hinsicht vergangenen Nachkriegsperiode stammen. Wenn nur die Anwesenheit der Alliierten und die Freiheit der Bevölkerung in den

Westsektoren erhalten bleiben, wenn der Zugang nach Berlin garantiert wird, haben sie im Grunde nichts gegen eine neue juristische Formel einzuwenden, mag sie auch »ein gewisses Maß von Anerkennung der DDR« beinhalten. Sie sind jedenfalls felsenfest davon überzeugt, daß die Zeit in Berlin nicht für die Alliierten arbeitet. Sie stellen fest, daß der Westen sich dem Bau der Mauer nicht zu widersetzen vermochte (oder verstand), und mit der Mauer wird ja ein guter Teil der *Raison d'être* des Besatzungsstatuts hinfällig. Sie wissen, daß die Russen und Ulbricht Mittel genug in ihren Händen halten, um den alliierten Garnisonen das Leben schwer, wenn nicht unerträglich zu machen. Sie glauben, wir sollten die gegenwärtige Pause ausnutzen, um Chruschtschow Vorschläge für eine vernünftige Neuregelung zu unterbreiten.

Fast alle Mitglieder der atlantischen Allianz teilen diesen Standpunkt, insbesondere seit Kennedy den deutschen Bundeskanzler überredet hat, sich dem Streben nach einem auf Konsolidierung des Berliner *Status quo* beschränkten Arrangement nicht nur nicht zu widersetzen, sondern es sogar bei de Gaulle zu befürworten. Und am 10. Dezember erschien Amerikas Außenminister Rusk mit dem festen Willen in Paris, seine westlichen Kollegen und anschließend den NATO-Rat zur Billigung eines Verhandlungs-Angebots an die Russen zu bewegen.

Sondierungen in Moskau

Die Rechnung war ohne de Gaulle gemacht. Adenauers Argumente waren acht Tage zuvor an dem französischen Präsidenten abgeglitten wie an einem Marmorblock. Allenfalls hatte er versprochen, dem deutschen Wunsch »Rechnung zu tragen«, Frankreich möge doch die Amerikaner und Briten nicht allein operieren lassen. Bonn und Paris hatten tatsächlich beide mit einem gewissen Unbehagen die Bilanz der Washingtoner Gespräche zwischen Rusk und Gromyko im Oktober zur Kenntnis genommen, bei denen der Amerikaner recht unvorsichtige Andeutungen über die Nicht-Verbreitung von Atomwaffen und die europäische Sicherheit machte — mit anderen Worten über ein mögliches Disengagement.

Schon in der ersten Sitzung der vier Außenminister in Paris lehnte Couve de Murville jeden Gedanken an Verhandlungen mit den Russen ab. Nach einer ergebnislosen Diskus-

sion telefonierte Rusk mit Kennedy und bat ihn um direkte Intervention beim französischen Staatschef. De Gaulle mußte sich einverstanden erklären, unter Einschaltung von Dolmetschern mit dem Weißen Haus zu telefonieren. Er schätzt derartige Kommunikationsverfahren wenig. Er beharrte voll und ganz auf seinem Standpunkt, wie er ihn zwei Monate zuvor in einer persönlichen Botschaft an den amerikanischen Präsidenten ausgedrückt hatte. Verhandlungen sind nur mit Beteiligung Frankreichs möglich (so sagte er im wesentlichen), denn Frankreich hat die Viermächte-Abkommen über Berlin mitunterzeichnet. Es macht aber jetzt und so lange nicht mit, wie ihm nicht der Beweis erbracht ist, daß Verhandlungen zu positiven Resultaten führen können. Frankreich hat nichts gegen Sondierungen des amerikanischen Botschafters im Kreml einzuwenden, hält sie allerdings für nutzlos, ja sogar für gefährlich.

An diesem Punkt der Diskussion stand der amerikanische Präsident vor der Wahl, entweder alle Brücken hinter sich abzurechnen oder sich auf den Weg bloßer »Kontakte« zu begeben. Er entschied sich für das zweite. Chruschtschow und der sowjetische Botschafter in Washington, Menschikow, erleichterten ihm übrigens den Rückzug, indem sie wenige Stunden vorher denkbar harte Reden führten. Kennedy glaubte sichtlich selbst nicht sehr an erfolgreiche Verhandlungen; er glaubte jedoch fest an die Notwendigkeit, die westliche Einheit zu erhalten, und mochte daher nicht allein die Verantwortung für einen Kompromiß mit dem Osten auf sich nehmen, bei dem die Bundesrepublik Deutschland die Zeche zu zahlen hätte. Im übrigen konnte er sich den von de Gaulle geäußerten Befürchtungen nicht verschließen, die Deutschen würden in einem solchen Fall ihre Beteiligung am westlichen Bündnis überprüfen und anfangen, mit Moskau zu liebäugeln — wozu Chruschtschow sie ständig einlädt. Hinzu kam, daß de Gaulle vor bestimmten Besuchern ungeschminkt von der Perspektive eines »neuen Jalta« sprach. Wie könnte man den Europäern auch besser be-

deuten, daß sie nur auf sich selbst zählen dürfen und ihre Verteidigung ohne Amerika organisieren müssen?

Rusk wurde daher zum großen Erstaunen verschiedener NATO-Mitglieder, insbesondere des belgischen Außenministers Spaak, angewiesen, vor dem Atlantikrat eine viel härtere Linie zu vertreten, als die amerikanische Presse angekündigt hatte. Und Botschafter Thompson in Moskau erhielt lediglich den Auftrag, seine »Kontakte« wiederaufzunehmen. Die Bundesgenossen sollten über seine Erkundungen auf dem laufenden gehalten werden, und nur im Einvernehmen mit ihnen wollte Kennedy gegebenenfalls entscheiden, ob die Resultate die Aufnahme offizieller Viermächte-Verhandlungen rechtfertigen.

Wie die Dinge heute stehen, nachdem Thompson dreimal mit Gromyko konferiert hat, hängt es einzig von Moskau ab, ob die vorläufig in der Schwebe gehaltene Krise um Berlin wieder explosiv aufbricht. Da Gromyko keinerlei Kompromißbereitschaft erkennen läßt, werden selbst die Briten Mühe haben, auf einer Vierer-Konferenz zu bestehen. De Gaulle kann mit Recht darauf hinweisen, daß sich eine »vernünftige Basis« für Verhandlungen noch nicht abzeichnet. Andererseits zeigt Chruschtschow keine Eile, die Berlin-Frage beschleunigt zu lösen. Die Mauer steht jetzt da und stützt das Ulbricht-Regime, und der sowjetische Regierungschef scheint überzeugt, daß die Westmächte über kurz oder lang feststellen werden, wie fragwürdig ihr »Besatzungsregime« in Berlin geworden ist. Er hat noch einige Trümpfe im Spiel, zum Beispiel die Ausweitung der Ost-West-Gespräche auf den gesamten Bereich der europäischen Sicherheit, die vielleicht die Briten und die Amerikaner interessieren könnte — und den Appell zum direkten, »billigeren« Geschäft an die Bonner Adresse, wie er sich bereits in dem merkwürdigen Memorandum und in dem Rapallo Gedächtnis-Artikel der *Prawda* ankündigte. Das eine wie das andere bestätigt de Gaulles Befürchtungen und Warnungen. Aber ob man auf ihn hören wird?